



Nr. 91/S. 853 Bonn, den 26. Juli 1979

Bulletin

Zum Gedenken an den 20. Juli 1944

Erklärung des Bundeskanzlers

Bundeskanzler Helmut Schmidt erklärte zu Beginn der am 19. Juli 1979 vom Deutschen Fernsehen ausgestrahlten Sendung „Verschwörung gegen Hitler – Der deutsche Aufstand am 20. Juli 1944“:

Vor einigen Monaten hatte ich Gelegenheit, einige der Filmausschnitte von den Schauprozessen des sogenannten Volkgerichtshofs gegen die Frauen und Männer des 20. Juli zum erstenmal zu sehen. Und ich wurde dabei ganz lebendig erinnert an die Erschütterung, die ich damals verspürte, als ich vor 35 Jahren als junger Soldat einmal für einen Tag als Zuhörer zu einem dieser Prozesse abkommandiert worden war.

Die nationalsozialistischen Machthaber haben sehr gut gewußt, warum sie nach der Rachejustiz an den Männern des 20. Juli diese mit verdeckten, getarnten Kameras aufgenommenen Filme zu einer geheimen Reichssache erklärt und nicht öffentlich gezeigt haben; denn die Unmenschlichkeit des Verfahrens, der böse Haß, die niedrige Rache, die hier zum Ausdruck kam, insbesondere in der Person des Gerichtsvorsitzenden Freisler – der zugleich ein übler Demagoge und zugleich ein Henker war in der Robe des Richters –, dies alles wäre, wenn die Filme gezeigt worden wären, damals auch jenen Deutschen durchsichtig geworden, die die Motive der Patrioten des 20. Juli noch nicht richtig würdigen konnten. Es wäre offenkundig geworden, wer in Wahrheit die Angeklagten und wer in Wahrheit die Ankläger waren. Durch ihre eigenen Verbrechen hatten die Machthaber den Anspruch auf Eidestreue zum Beispiel durch die Soldaten längst selbst verwirkt. Es waren vielmehr die Angeklagten jener Prozesse, die das eigentliche, das anständige Deutschland vertraten.

Mir ist wichtig, daß wir heute, zumal die Jüngeren unter uns, daß wir, die heute Lebenden, verstehen, warum wir die drückende Bürde jener Geschichte, die zu unserer jüngeren, jüngsten deutschen Geschichte gehört, nicht einfach abschütteln dürfen. Uns muß bewußt bleiben, daß Menschenwürde und Freiheit und Recht der einzelnen Person Werte sind, auf die man sich immer aufs neue zurückbesinnen muß, für die man immer aufs neue einzustehen hat, Werte, mit denen wir selbst uns innerlich identifizieren.

Nun ist es wahr, daß der demokratische Rechtsstaat, in dem wir in der Bundesrepublik seit 30 Jahren als

freie Bürger leben, nicht genau jener Staat ist, den sich die Frauen und Männer des 20. Juli vorgestellt haben. Aber dies mindert nicht die Größe und die geschichtlich-moralische Bedeutung ihrer Taten. Weil sie erkannt hatten, daß Hitler Deutschland und Europa in die Katastrophe zu führen entschlossen und auf dem Wege war, wollten sie, von ihrem Gewissen dazu gedrängt, den Verderber unseres Volkes und anderer europäischer Völker an der Vollendung dieses Verbrechens hindern. Abertausende von Deutschen, von Menschen aus fast allen europäischen Völkern, haben im Widerstand dagegen ihr Leben geopfert.

Eine der entscheidenden Lehren aus dem deutschen Widerstand hat Kurt Schumacher ganz kurz nach dem Kriege gezogen, als er gesagt hat: Wir müssen alles tun, damit sich die Schrecken der Vergangenheit niemals wiederholen können.

Wenn man die Wiederholung der Schrecken verhindern will, dann verlangt das von uns die Wachsamkeit, die Wachsamkeit aller Demokraten; und es verlangt von uns allen die Abwehr jedweden Extremismus, egal ob von links oder von rechts.

Feierstunde in Plötzensee

Rede von Bundesminister Dr. Dieter Haack

Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Dieter Haack, hielt anläßlich der Feierstunde des Senats und des Abgeordnetenhauses von Berlin in der Gedenkstätte Plötzensee am 20. Juli 1979 folgende Rede:

Wir gedenken – wie in jedem Jahr – an dieser Stelle in Plötzensee der Männer und Frauen aus vielen Völkern, die ihr Leben im Kampf für Freiheit und Recht gegen Unterdrückung und Terror geopfert haben.

Inhalt

Zum Gedenken an den 20. Juli 1944	
<i>Erklärung des Bundeskanzlers</i>	853
<i>Rede von Bundesminister Dr. Dieter Haack</i>	853
<i>Rede von Bundesminister Frau Antje Huber</i>	855
Rechtsextremistische Gewalttaten werden ernstgenommen	
<i>Rede von Staatssekretär Dr. Hartkopf</i>	859

Heute vormittag gedachten wir im Ehrenhof des Bendlerblocks Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Ludwig Beck, Friedrich Olbricht, Albrecht Merz von Quirnheim und Werner von Haeften. Vorher konnte ich die Pläne für die Neugestaltung dieses Ehrenhofs der Öffentlichkeit vorstellen.

Der 20. Juli 1944 als äußeres Zeichen und Höhepunkt des deutschen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft ist auch nach 35 Jahren aktuell.

Verschiedene Ereignisse der letzten Monate haben uns die Nähe unserer jüngsten Vergangenheit aufgezeigt: Das Gedenken an die Reichskristallnacht vor 40 Jahren, der Majdanek-Prozeß, die Fernsehsendung „Holocaust“ über das Einzelschicksal einer jüdischen Familie, die Diskussion um die generelle Aufhebung der Verjährung für Mord, vor allem für nationalsozialistische Verbrechen.

Es kann und darf für uns Deutsche – wie für jedes andere Volk – keine Flucht aus der Vergangenheit geben. Die Vergangenheit wirkt in unsere Gegenwart hinein. Die Aufarbeitung unserer jüngsten Geschichte ist eine dauernde Aufgabe. Wir finden unsere nationale Identität nur, wenn wir die eigene Geschichte nicht leugnen. Dazu brauchen wir das Verständnis zwischen den Generationen, das Gespräch zwischen jung und alt. Wir müssen durch die praktische Vernunft unseres Handelns beweisen, daß wir aus der Vergangenheit gelernt haben.

Die Widerstandsbewegung gegen Hitler, der Vertreter aller Bevölkerungsschichten und geistesgeschichtlichen Traditionen unseres Volkes angehörten, mußte konsequenterweise zum 20. Juli führen.

„Das Attentat auf Hitler muß erfolgen um jeden Preis. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem der Staatsstreich versucht werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor aller Welt und der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat“, sagte zu Recht Henning v. Tresckow. Und Graf Stauffenberg: „Wir haben uns vor Gott und unserem Gewissen geprüft, es muß geschehen; denn dieser Mann ist das Böse an sich.“ Dietrich Bonhoeffer verstand das Handeln des Widerstandes als einen Akt der Buße.

Für die Frauen und Männer des Widerstandes waren Recht und Würde des Menschen unverzichtbar. Der nur äußerlich gescheiterte Aufstand des Gewissens legt gerade uns Deutschen eine hohe Verpflichtung auf, der wir alle – jeder einzelne von uns – gegenüber jedermann gerecht werden müssen.

Die Aufforderung auf einem Flugblatt der Geschwister Scholl gilt auch heute: „Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den ihr um euer Herz gelegt habt.“

Gustav Heinemann fragte vor 10 Jahren hier in Berlin-Plötzensee: „Werden wir die freiheitliche Demokratie jetzt bewahren, zur sozialen Demokratie weiterentwickeln und zu unserem Lebenselement machen? Dies ist eine Frage, die uns der 20. Juli 1944 stellt.“

Wir gedenken in diesem Jahr auch des 30jährigen Bestehens unseres Grundgesetzes, das den Prinzipien des demokratischen Rechts- und Sozialstaats

verpflichtet ist. Diese Verfassung entspricht den politischen Zielen, die auch die deutsche Widerstandsbewegung verfolgt hat. Um das moderne Wort der Zukunftsperspektive zu verwenden: Die durch das Grundgesetz vorgezeichnete staatliche Ordnung war die Zukunftsperspektive der Widerstandskämpfer und Attentäter. Eine Ordnung, die auf der Menschenwürde, der Toleranz, dem politischen Grundkonsens der Bürger und der Solidarität mit dem Mitmenschen besteht.

In Artikel 20 Abs. 4 des Grundgesetzes heißt es: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat anlässlich der Gedenkfeier zum 9. November 1938 in der großen Synagoge in Köln im vergangenen Jahr gesagt: „Wenn es aber doch nie wieder vorkommen darf, daß deutsche Bereitschaft zur Pflichterfüllung, zum Gehorsam, zum Einsatz für Ideale zu Kadavergehorsam pervertiert und irregeleitet wird in gemeinsames verbrecherisches Handeln, dann genügt es noch nicht, ein Widerstandsrecht ins Grundgesetz geschrieben zu haben. Sondern dann müssen wir die jungen Menschen unseres Volkes durch Vermittlung historischer Kenntnisse und durch unser eigenes Beispiel dahin erziehen, daß sie nach dem moralischen und menschlichen Wert und dem Sinn ihrer Handlungen fragen...“

Ich meine, daß die mangelnde Vermittlung historischer Kenntnisse in Elternhaus, Schule und Öffentlichkeit und das oft fehlende Vorbild verantwortlicher Personen in Politik, Wirtschaft und Geistesleben eine Schwäche unserer Gesellschaft ist. So ist es zu erklären, daß die Bundesrepublik Deutschland noch zu keinem eigenen Selbstverständnis gefunden hat und die junge Generation weitgehend politisch orientierungslos ist.

Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg hat materialistische und egoistische Kräfte hervorgebracht, denen gegenüber die Tugenden der Opferbereitschaft, des Verzichts, der Dankbarkeit und der Bescheidenheit unterlegen sind. Wirtschaftlicher Erfolg und hoher Lebensstandard prägten zu einseitig unsere Werteskala. Das häufige Versagen von Elternhaus und Schule in der politischen Bildung, das auch auf den Mißbrauch von Idealen im Dritten Reich und die Verunsicherung nach 1945 zurückzuführen ist, verdrängte die für uns Deutsche nach 1945 so wichtige Beschäftigung mit der Vergangenheit.

So fielen wir – wie so oft – von einem Extrem ins andere: vom übersteigerten Nationalismus des Dritten Reiches in die Flucht vor der Nation. So verloren wir den für ein Volk unentbehrlichen Patriotismus, der sich zu den Höhen und Tiefen der eigenen Geschichte bekennt. Nur so ist es zu erklären, daß die Widerstandsbewegung gegen Hitler in der Nachkriegszeit nicht den Stellenwert erhielt, der ihr zukam.

Dabei können uns die Ideen und Ziele der Widerstandskämpfer – auch das Attentat als letzter Aus-

weg – mit Stolz erfüllen. „Wir aber“, sagte ein Widerstandskämpfer kurz vor seiner Hinrichtung, „bereiten den Boden für eine bessere und friedlichere Zukunft, für eine neue Menschlichkeit.“

Der Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur war und ist eine der moralischen Grundlagen unserer heutigen staatlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Wir werden dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus nur gerecht, wenn wir ihn als Mahnung für unsere heutige Zeit und als Handlungsanweisung für die Zukunft verstehen.

Der Einsatz für Recht und Menschenwürde ist in einer Diktatur Widerstand – in einer freiheitlichen Demokratie dagegen eine von der Verfassung gebotene Pflicht. Der Einsatz für Freiheit und Recht ist in einer Diktatur lebensgefährlich – in einer Demokratie erfordert er nur Überwindung der Trägheit und Bequemlichkeit.

Die Männer und Frauen des 20. Juli überwand die Angst, mit der Tyrannen ihren Herrschaftsanspruch sichern. Bei den Prozessen vor dem Volksgerichtshof traten die Widerstandskämpfer mit Mut und Gottvertrauen der Gewalt entgegen.

Angst gibt es auch in einem freien Staat. Nicht Angst vor den Regierenden, der Justiz oder einer Geheimpolizei; aber Angst vor der Zukunft, der Technik, der wirtschaftlichen Entwicklung. Unsere Angst und unsere Mutlosigkeit heute, unser Egoismus und Opportunismus, die oft fehlende Zivilcourage, muß uns angesichts der Haltung des Widerstands beschämen.

Bei uns bestehen die Rahmenbedingungen für eine freiheitliche und eine gerechte Ordnung. Wenn diese Ordnung noch nicht überall sichtbar und verwirklicht ist, liegt es an uns.

In der heutigen und zukünftigen Welt ist der Einsatz für Freiheit und Menschenwürde nicht national beschränkt. Es geht um Hilfe für und Solidarität mit den Unterdrückten, Flüchtigen und Verfolgten in aller Welt. Ein vielfältiges Aufgabenfeld liegt vor uns; denn zu Freiheit und Menschenwürde gehört auch soziale Gerechtigkeit. Unsere nationalen und internationalen Verpflichtungen im Interesse hilfsbedürftiger Menschen sind so groß, daß sie nicht der innenpolitischen parteipolitischen Konfrontation, aber auch nicht der Selbstsucht gesellschaftlicher Gruppen zum Opfer fallen dürfen.

Unserer Jugend müssen wir die Chancen, aber auch die Verpflichtungen einer freiheitlichen Existenz verdeutlichen. Flucht aus der Verantwortung oder Resignation ist keine Antwort auf die Probleme der Gegenwart und Zukunft. Es lohnt sich, in unserem Staat zu leben und für eine menschliche Gesellschaft zu arbeiten.

Wir danken den Männern und Frauen des 20. Juli für ihr Vorbild, für ihr Vorbild des Mutes und der Tapferkeit, der Pflichterfüllung, des Dienstes für die Gemeinschaft, der sittlichen und rechtlichen Bindung politischen Handelns. Wir erfüllen ihr Vermächtnis, wenn wir uns täglich an diesem Vorbild orientieren.